

Gretchenfrage halten nicht alle für beantwortet

KUPFERZELL Netzbooster: Nach Pandemie-Pause tagte das „Forum Energiedialog“ virtuell – Erstmals Visualisierung präsentiert

Von unserem Redakteur
Christian Nick

Es war eine doppelte Premiere: Nach mehrmonatiger Pause tagte der örtliche Vermittlungsausschuss wieder – erstmals virtuell und nachträglich im Netz auch für die Öffentlichkeit anschaulich. Neben den Repräsentanten von Transnet, Gemeinde und Bürgerinitiative „Ein Herz für Hohenlohe“ (BI) waren diesmal Christoph Maurer, Geschäftsführer des Unternehmens Consentec, das die Idee des Netzboosters für den Projektierer entwickelt hat, zwei Vertreter der Bundesnetzagentur sowie auch Anja Hentschel, Professorin für Umwelt- und Energierecht an der Hochschule Darmstadt, geladen, um ihre Expertisen abzugeben.

Debatten Mehr als drei Stunden lang wurde denn auch eifrig präsentiert und debattiert. Besonders im Fokus: die zentrale Frage der energiepolitischen Notwendigkeit der Anlage in Kupferzell und die Aspekte des Genehmigungsverfahrens.

Zunächst an der Reihe: Transnet und deren Technik-Entwickler. Essenz des Vortrags von Christoph Maurer: Der Booster sei gerechtfertigt, da er langfristig Netzkosten senke und die bestehenden Stromleitungen höher auslastete. Kupferzell sei ein geeigneter Standort, aber es gebe auch andere mögliche Örtlichkeiten. Der Vertreter der Bundesnetzagentur verdeutlichte ebenfalls erneut, dass der energiewirtschaftliche Bedarf der Anlage am Standort Kupferzell vor der Aufnahme in den Netzentwicklungsplan (NEP) eingehend geprüft und bejaht worden sei.

TransnetBW-Chef Werner Götz betonte, Kupferzell sei unter anderem wegen „der größten prozentualen Reduzierung der Leitungs-Auslastung am besten für den Piloteinsatz geeignet“. Die Verpflichtung zum Bau sei durch die Bestätigung im NEP gegeben. Man bereite aktuell nun die Unterlagen für das Planfeststellungsverfahren vor.

Umwelt- und Energierechtsexpertin Hentschel erklärte, in ebendiesem Verfahren würden weiterhin Alternativen geprüft. Allein: „Es muss der Standort gewählt werden, der das Beste in sich vereint.“ Eine



Während die Streitpunkte die alten blieben, gab es ein Novum: Erstmals wurde eine Visualisierung des möglichen Aussehens der Anlage vorgestellt.

Visualisierung: Transnet



Viele Gesichter und viele Positionen: Erstmals kam der Arbeitskreis virtuell zusammen. Doch die Standpunkte sind weiterhin oft diametral entgegengesetzt. Foto: Nick

Versagung der Genehmigung sei auch in dieser Phase prinzipiell noch möglich, so die Professorin. Eine entsprechende Gerichtsentscheidung werde jedoch aus ihrer Warte nur dann fallen, „wenn sich eine andere Variante aufdrängt“. Dann könne die Genehmigung selbst von Behördenseite noch versagt werden.

Interessen Die vorgetragenen Argumente vermochten erwartungsgemäß die Vertreter der Anti-Booster-BI, Birgit und Marion Kühnle, nicht zu überzeugen: Kupferzell sei „definitiv der falsche Standort, weil wir schon eine große Kumulation von Infrastruktur in der Gemeinde

haben. Das ist genug.“ Es gebe viele alternative Netzknotenpunkte, die indessen als Standort in Frage kämen – besonders in Bereichen stillgelegter oder stillzulegender Kernkraftwerke. „Die sind auch gegen Luftangriffe geschützt“, so BI-Mitbegründerin Marion Kühnle.

Die Versorgungssicherheit sei doch „bis 2030 durch die vorhandene Infrastruktur auch ohne Netzbooster gewährleistet“. Letztlich seien Profitinteressen und die Gewinnung von Marktmacht die eigentlichen Motive des Projektierers, so das Geschwisterpaar: „Wir wollen nicht die Drehscheibe für den Stromhandel Europas werden.“

Streit um die Rechtmäßigkeit

Es ist nur ein Wort – aber es bedeutet viel: **Verpflichtung**. Schon als die Bundesnetzagentur Ende 2019 die in Kupferzell geplante Riesenbatterie im neuen Netzentwicklungsplan 2030 (NEP) bestätigt hatte, betonte Projektierer **Transnet**, damit sei die „Verpflichtung zum Bau“ automatisch gegeben. Auch dass das Projekt – anders als ursprünglich geplant und kommuniziert – nicht ins Bundesbedarfsplangesetz aufge-

nommen worden ist, ändere daran nichts. Diese Position wurde auch vom **Bundeswirtschaftsministerium** sowie der **Bundesnetzagentur** bestätigt. **Gemeinde** und **Bürgerinitiative** sehen dies indessen anders: Die Aufnahme in den NEP sei lediglich eine „Argumentationshilfe“ und habe gesetzlich keine autoritative Kraft. Die Kommune lässt unter anderem diese Frage gegenwärtig rechtlich prüfen. *cn*

Weniger Netzausbau und „dezentrale Lösungen“ sollten die Devise sein. Die Nicht-Aufnahme ins Bundesbedarfsplangesetz bedingt aus ihrer Sicht Sicherheitsmängel sowie defizitären Umweltschutz. „Ihnen kann eigentlich nichts Besseres passieren, als dass die Maßnahme nicht im Bundesbedarfsplan steht“, so der Vertreter der Bundesnetzagentur: „Denn somit ist die Frage, ob ein solcher Bedarf besteht, nicht autoritativ vom Gesetzgeber entschieden worden, sondern vom Vorhabenträger gegenüber der Genehmigungsbehörde darzulegen.“ So böten sich für Gegner überhaupt noch Optionen, gegen das Projekt vorzugehen.

Fazit des digitalen Booster-Gipfels? Die Gretchenfrage – ob und warum die Anlage gerade nach Kupferzell kommen muss – wurde für Bürgermeister Christoph Spieles trotz der zahlreichen Darlegungen „nicht grundlegend beantwortet“.

Dennoch werde man ebendieses Frage zukünftig aus dem Ausschuss ausklammern, sagt Spieles zur *HZ*: „Die Frage des Ob wird juristisch geklärt. Auch wenn wir die Anlage nicht wollen, werden wir jetzt den Arbeitskreis nutzen, um frühzeitig kritisch-konstruktiv Einfluss auf das Wie zu nehmen.“ Und die Position der BI? Dort will man weiterhin aktiv gegen das Projekt kämpfen.